

ARBEITS- UND SOZIALRECHTSKARTEI

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Marhold, Dr. Roman Krammer
1210 Wien, Scheydgasse 24, Telefon: 01/24 630, Fax: 01/24 630/51
E-Mail Redaktion: redaktion@lindeverlag.at



INHALTSVERZEICHNIS

CHRISTOPH WIESINGER	122
Topthema: Die Bedeutung der Covid-19-Gesetze für das Arbeitsrecht	
THOMAS WONDRAK	133
Topthema: Auswirkungen von Covid-19 auf die betriebliche Altersvorsorge	
INGRID KORENJAK	139
Das LSD-BG als lex imperfecta?	
SEBASTIAN ZANKEL	143
Der neue § 738 ASVG	
ANDREAS GERHARTL	148
Die Aufsichtsbeschwerde als rechtliches Instrument	
GERDA ERCHER-LEDERER/JULIA DUJMOVITS	155
Neues aus der Gesetzgebung	
ALFRED SHUBSHIZKY	159
Praxis-News aus Sozialversicherungs-, Lohnsteuer- und Arbeitsrecht in Kurzform	
EDITH MARHOLD-WEINMEIER	160
Aus der aktuellen Rechtsprechung	
● OGH: Zeitliche Lage von Arbeitspausen	
Impressum	160

6690

12. März 2020

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Sabine Kriwanek,
Bettina Sabara, Sabine Sadlo, Barbara Tuma

THEMA

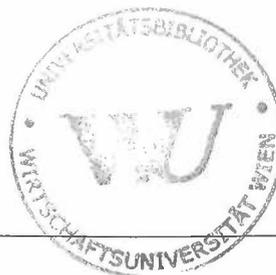
» **Birgit Bleyer:** Sachbezugswerte bei Privatnutzung von Dienstautos – Umstellung auf neue Emissionsmessung

RECHTSPRECHUNG

- » Interesse an Sachentscheidung über Zulässigkeit einer EU-Überlassung auch nach Überlassungszeitraum
- » AuslBG: Pädagogische Betreuung von Jugendlichen bei FH-Projekt – keine wissenschaftliche Tätigkeit
- » AuslBG: Pflicht zur Dokumentenüberprüfung bei Betriebsübergang
- » Keine mittelbare Diskriminierung von Männern durch unterbliebene Anpassung von hohen Pensionen
- » Wesentlich beteiligter Gesellschafter-Geschäftsführer – Erbringung von EDV-Dienstleistungen an GmbH
- » BFG: Haftung eines Geschäftsführers für Kommunalsteuer

AUS DEN BEHÖRDEN

» Vom Arbeitgeber bereitgestelltes Fahrrad/Kraftrad – sv-rechtliche Beurteilung

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – PERSONALVERRECHNUNG**Birgit Bleyer: Sachbezugswerte bei Privatnutzung von Dienstautos – Umstellung auf neue Emissionsmessung** 3

Für jene Kfz, die ab 1. 4. 2020 erstmalig zugelassen werden, wird (zwecks Ermittlung des Sachbezugswertes) das neue Messverfahren nach WLTP (Worldwide Harmonized Light-Duty Vehicles Test Procedure) zur Anwendung kommen, wodurch es auch zu einer Erhöhung der ermittelten CO₂-Emissionswerte kommt. In ihrem Beitrag gibt Mag. *Birgit Bleyer* einen umfassenden Überblick über die derzeit aktuelle Rechtslage bezüglich Sachbezug bei Privatnutzung des Dienstwagens.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Interesse an Sachentscheidung über Zulässigkeit einer EU-Überlassung auch nach Überlassungszeitraum	8
AuslBG: Freizügigkeitsbestätigung für kroatischen Staatsangehörigen	9
AuslBG: Pädagogische Betreuung von Jugendlichen bei FH-Projekt – keine wissenschaftliche Tätigkeit	9
AuslBG: Kein Gefälligkeitsdienst mangels spezifischer Bindung	11
Ersatzkraftstellung im Verfahren auf Zulassung eines Ausländers als Schlüsselkraft	11
AuslBG: Pflicht zur Dokumentenüberprüfung bei Betriebsübergang	12
Drei verbotene Ausländerbeschäftigungen mit je zwei Monaten Abstand – kein fortgesetztes Delikt	12
AuslBG: Beeinträchtigung der Identitätsfeststellung von ausländischen Arbeitskräften	13

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

Keine mittelbare Diskriminierung von Männern durch unterbliebene Anpassung von hohen Pensionen	13
Ausgleichszulage: Daueraufenthalt eines Unionsbürgers bei Pensionsantritt	15

» STEUERRECHT

Wesentlich beteiligter Gesellschafter-Geschäftsführer – Erbringung von EDV-Dienstleistungen an GmbH	16
BFG: Haftung eines Geschäftsführers für Kommunalsteuer	17
Unzulässiger telefonischer Antrag auf Verlängerung der Beschwerdefrist	17

AUS DEN BEHÖRDEN**» WIRTSCHAFTSKAMMER**

Vom Arbeitgeber bereitgestelltes Fahrrad/Kraftrad – sv-rechtliche Beurteilung	18
---	----

NEUE VORSCHRIFTEN**» ARBEITSRECHT**

Änderungen bei Lehrberufen – BGBl	19
-----------------------------------	----

ARTIKELRUNDSCHAU/IMPRESSUM

20

6691

19. März 2020

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2236

ARD

AKTUELLES RECHT ZUM DIENSTVERHÄLTNIS

Redaktionsteam: Manfred Lindmayr, Birgit Bleyer, Sabine Kriwanek,
Bettina Sabara, Sabine Sadlo, Barbara Tuma

THEMA

» **Barbara Covarrubias Venegas:** Lost in Connection? Über remotes Arbeiten, teils virtuelle Teams und digitale Führung

JUDIKATUR

- » Keine Möglichkeit zur Kündigungsanfechtung wegen Sozialwidrigkeit für Personalleiterin
- » Betriebsbedingte Kündigung eines Abteilungsleiters
- » UV-Schutz für Unfall bei Landes-Feuerwehrleistungswettbewerb
- » BFG: Unfall am Heimweg vom Dienort – Werbungskosten

NEUE VORSCHRIFTEN

» COVID-19 Gesetz: Gesetzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise – BGBl

AUS DEN BEHÖRDEN

» BMF: Sonderregelungen betreffend Coronavirus



IN ALLER KÜRZE

2

THEMA – HUMAN RESOURCES

Barbara Covarrubias Venegas: Lost in Connection? Über remotes Arbeiten, teils virtuelle Teams und digitale Führung 3

Heutzutage sind nicht nur Unternehmen digitaler und damit auch oft internationaler – auch Mitarbeiter können aus immer mehr Positionen ortsunabhängig (remote) arbeiten. Die Thematik „remotes Arbeiten“ ist insbesondere in Zeiten der Coronavirus-Krise und des damit verbundenen Anstiegs des Arbeitens von zu Hause aus aktueller denn je. Der Beitrag zeigt auf, welche Schattenseiten ortsunabhängiges Arbeiten allenfalls haben kann, wie Führungskräfte und Mitarbeiter für diese digitale Komponente der Neuen Arbeitswelt zu rüsten sind, welche Aspekte den Erfolg virtueller Teams positiv beeinflussen und wie Kommunikation in virtuellen Teams ablaufen kann und soll.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Keine Möglichkeit zur Kündigungsanfechtung wegen Sozialwidrigkeit für Personalleiterin	7
Qualifikation eines Geschäftsführers als leitender Angestellter iSd ArbVG	8
Betriebsbedingte Kündigung eines Abteilungsleiters	9
Wegfall eines Projektauftrags – soziale Gestaltungspflicht	10
Einkommenseinbuße durch Kündigung iHv 40 %	11

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

UV-Schutz für Unfall bei Landes-Feuerwehrleistungswettbewerb	12
Grenzen des UV-Schutzes bei Freundschaftsdienst der Freiwilligen Feuerwehr	13

» STEUERRECHT

BFG: Unfall am Heimweg vom Dienstort – Werbungskosten	14
BFG: Zustellung von Bescheiden in die FinanzOnline-Databox	15
Pflicht zur Empfängerbenennung in der Baubranche	15

NEUE VORSCHRIFTEN**» ARBEITSRECHT**

COVID-19 Gesetz: Gesetzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise – BGBI	16
---	----

AUS DEN BEHÖRDEN**» FINANZMINISTERIUM**

BMF: Sonderregelungen betreffend Coronavirus	18
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

19

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA – ARBEITSRECHT**Bettina Sabara: Mögliche Personalmaßnahmen in Zeiten der Coronavirus-Krise**

3

Wirtschaftliche Notlagen wie etwa die momentane Coronavirus-Krise machen in vielen Unternehmen Maßnahmen zur Personalkostensenkung notwendig. Hierbei gibt es viele Möglichkeiten für den Arbeitgeber. Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen ist nur eine davon und sollte nur als letztes Mittel angewendet werden, da sie auch regelmäßig zum Verlust von Know-how führt. Der aktuelle Beitrag von Mag. Bettina Sabara zeigt auf, welche weiteren Maßnahmen Arbeitgebern offenstehen, die das Know-how sichern und trotzdem zu einer Entlastung des Budgets führen.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Hohes Manko aufgrund unterlassener Kontrollpflichten: Entlassung eines Abteilungsleiters	8
Unberechtigte Entlassung einer langjährig beschäftigten Schreibkraft wegen schlampiger Arbeitsweise	9
Entlassung wegen grober Ehrenbeleidigung eines Kollegen	10
Verzicht auf Entlassung nach bereits zuvor erfolgter Kündigung	10

» STEUERRECHT

Vorabentscheidungsersuchen: Rechtsanwalt als Sachwalter – Mehrwertsteuerbefreiung?	11
Irrtümliche Doppel- oder Überzahlungen von Kunden	12
Angestellte Ärzte – umsatzsteuerliche Zurechnung der Leistungen an Sonderklassepatienten	12

NEUE VORSCHRIFTEN**» ARBEITSRECHT**

Novelle des Berufsausbildungsgesetzes – BGBl	13
--	----

» PERSONALRECHT

2. COVID-19-Gesetz: Weitere gesetzliche Maßnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise – BGBl	14
--	----

AUS DEN BEHÖRDEN**» DATENSCHUTZ**

Information der Datenschutzbehörde zum Coronavirus	19
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

20



BetrAV 01|2020

Betriebliche Altersversorgung

31. Januar 2020 | 75. Jahrgang | ISSN 0005-9951

Aus dem Inhalt

Der Kommentar

Thurnes, Wechselbad der Gefühle 1

Abhandlungen

Heller/Langohr-Plato, Insolvenzsicherung von Pensionskassenzusagen in Deutschland auf der Grundlage europarechtlicher Regelungen? 8

Brähler, Die Symbiose von Sozialversicherungs- und Steuerrecht aus Perspektive gegenwärtiger Betriebsrentner 14

Ernst, Rechtsfragen der Hinterbliebenenversorgung – was geht, was geht nicht (mehr)? 21

Simpfendörfer, Zwei Jahre private Fortführung einer Rückdeckungsversicherung nach § 8 Abs. 3 BetrAVG 35

Informationen

GKV Spitzenverband zur Einführung eines beitragsrechtlichen Freibetrages in der GKV auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ab 1. Januar 2020 53

Aktuarielle Aspekte des Versorgungsausgleichs im Hinblick auf die betriebliche Altersversorgung 58

Rechtsprechung

Eintrittspflicht des PSVaG bei Kürzung einer Pensionskassenrente und Insolvenz des Arbeitgebers
EuGH, Urteil vom 19.12.2019 – C-168/18 79

Insolvenzschutz einer Versorgungszusage für Gesellschafter-Geschäftsführer
BGH, Urteil vom 1.10.2019 – II ZR 386/17 85

Inhaltsverzeichnis

Der Kommentar

Thurnes, Wechselbad der Gefühle

1

Abhandlungen

Heller/Langohr-Plato, Insolvenzversicherung von Pensionskassenzusagen in Deutschland auf der Grundlage europarechtlicher Regelungen?

2

Brähler, Die Symbiose von Sozialversicherungs- und Steuerrecht aus Perspektive gegenwärtiger Betriebsrentner

8

Ernst, Rechtsfragen der Hinterbliebenenversorgung – was geht, was geht nicht (mehr)?

14

Reinecke, Rechtsprechung zum Betriebsrentenrecht 2018/2019 – Teil 1

20

Simpfendörfer, Zwei Jahre private Fortführung einer Rückdeckungsversicherung nach § 8 Abs. 3 BetrAVG

35

Franzen/Lätsch/Meyer/Paßmann, Herausforderung Digitalisierung – Vorstellung des neuen aba-Fachausschusses Digitalisierung und seiner Aktivitäten

41

Informationen

Aus der Gesetzgebung

GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz veröffentlicht

48

Bewertung von Pensionsrückstellungen nach § 6a EStG für Versorgungszusagen, die im Jahr des Übergangs auf neue Rechnungsgrundlagen erteilt werden

BMF, Schreiben vom 17.12.2019

48

Aus der Politik

Systemfehler beseitigen – Betriebliche Altersvorsorge attraktiver gestalten

BT-Drucksache 19/15788 vom 11.12.2019

49

Auswirkungen der Niedrigzinsphase auf ausgewählte Wirtschaftsbereiche

BT-Drucksache 19/ 14645 vom 31.10.2019 (Auszug)

50

Meinungen – Standpunkte – Empfehlungen

aba-Pressinformation zu den Stellungnahmen für das GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Insolvenzschutzes bei Pensionskassen-Betriebsrenten

52

GKV Spitzenverband zur Einführung eines beitragsrechtlichen Freibetrages in der GKV auf Leistungen der betrieblichen Altersversorgung ab 1. Januar 2020

53

bAV durch Entgeltumwandlung: Kein Schub durch BRSG

57

Aktuarielle Aspekte des Versorgungsausgleichs im Hinblick auf die betriebliche Altersversorgung

58

Empfehlungen des 23. Deutschen Familiengerichtstages

67

„Die Beitragsgarantie ist der Klotz am Bein der Riester-Rente“

58

DIE JUNGEN UNTERNEHMER kritisieren Finanztransaktionssteuer

68

Statistik

Rentenversicherungsbericht 2019 mit Gutachten des Sozialbeirats

BT-Drucksache 19/15630 vom 3.12.2019

69

Freiwillige Beitragszahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung

BT-Drucksache 19/15235 vom 14.11.2019

72

Europa

Menne/Schmid, Löwenanteil geschafft?

75

EIOPA publishes the results of the 2019 Occupational Pensions Stress Test

76

IORP II: the European Commission sends 9 reasoned opinions for not complying with the obligation to transpose

77

PEPP: EIOPA's consultation on level-2 measures

77

A long-awaited ECJ judgement provided clarity on the tax treatment of cross-border investments by pension funds

78

Veranstaltung

PensionsEurope Annual Seminar for Corporate and Supporter Members

78

Rechtsprechung

Eintrittspflicht des PSVaG bei Kürzung einer Pensionskassenrente und Insolvenz des Arbeitgebers
EuGH, Urteil vom 19.12.2019 – C-168/18

79

Besteuerung von Pensionsfonds
EUGH, Urteil vom 13.11.2019 – C-641/17
(Urteilstenor)

84

Ungleichbehandlung eingetragener Lebenspartner bei Zusatzversorgung
BVerfG, Beschluss vom 11.12.2019 – 1 BvR 3087/14 (PM)

84

Insolvenzschutz einer Versorgungszusage für Gesellschafter-Geschäftsführer
BGH, Urteil vom 1.10.2019 – II ZR 386/17

85

Keine Verpflichtung zum Abschluss einer Vereinbarung über den Versorgungsausgleich
BGH, Beschluss vom 30.10.2019 – XII ZB 537/17

88

Betriebsrentenanpassungsprüfung – Ausschluss bei Pensionskassenrente mit Überschussbeteiligung
BAG, Urteil vom 10.12.2019 – 3 AZR 122/18 (PM)

88

Abfindungsklausel und Eindeutigkeitsgebot bei Pensionszusagen
BFH, Urteil vom 23.7.2019 – XI R 48/17

89

Literatur

Buchbesprechungen

Schaub, Arbeitsrechts-Handbuch, 18. Auflage

91

Franzen/Gallner/Oetker (Hrsg.), Kommentar zum europäischen Arbeitsrecht, 3. Auflage

91

Busse/Hofmann, Bundeskanzleramt und Bundesregierung, 7. Auflage

92

Literaturhinweise

92

DRdA infas

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

Aktuelle Informationen aus dem Arbeitsrecht

D3-Z258

ENTSCHEIDUNGEN

Vorzeitiger Austritt wegen Gesundheitsgefährdung: Anspruch auf Kündigungsentschädigung nur bei rechtswidriger und schuldhafter Herbeiführung des Austrittsgrundes durch den Arbeitgeber

OGH 28.11.2019, 9 ObA 102/19v

Wirksamkeit einer Konkurrenzklausel auch nach Verschmelzung der ehemaligen Arbeitgeberin mit einer anderen Gesellschaft

OGH 17.12.2019, 9 ObA 105/19k

Feststellung eines Scheinunternehmens iSd Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes: Auswirkungen auf die Pflichtversicherung

VwGH 20.11.2019, Ro 2019/08/0016

Ballkomitee als Dienstgeber beim Maturaball – Eventagentur nur Vermittler

VwGH 5.12.2019, Ra 2016/08/0109

AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS

Beendigung des Arbeitsverhältnisses infolge Insolvenz des Arbeitgebers – Auswirkungen auf das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld

MARGIT MADER

AKTUELLE SOZIALPOLITIK

Neuregelung der Möglichkeit zur Beendigung einer Lehre von AsylwerberInnen nach negativem Abschluss des Asylverfahrens

JOHANNES PEYRL

Das Regierungsprogramm Türkis-Grün

SILVIA HRUŠKA-FRANK

Schriftleitung

ELIAS FELTEN, CHRISTOPH KLEIN, RUDOLF MOSLER

Wissenschaftlicher Beirat

HON.-PROF. DR. JOSEF CERNY

MITGLIED DES VwGH RA.^{IN} HON.-PROF.^{IN} DR.^{IN} SIEGLINDE GAHLEITNER

BM AD GEN.-DIR. AD DR. WALTER GEPPERT

EM. O.UNIV.-PROF. DR. KONRAD GRILLBERGER

EM. O.UNIV.-PROF. DR. PETER JABORNEGG

HOFRÄTIN DES VwGH HON.-PROF.^{IN} DR.^{IN} ANGELA JULCHER

UNIV.-PROF. MMAG. DDR. GÜNTHER LÖSCHNIGG

SEN.-PRÄS. DES VwGH IR MITGLIED DES VwGH IR HON.-PROF. DR. DR. HC. RUDOLF MÜLLER

SEN.-PRÄS. DES OGH IR DR. KARL HEINZ PETRAG

UNIV.-PROF. DR. WALTER J. PFEIL

HON.-PROF. DR. JOHANNES SCHREGLE

VIZEPRÄSIDENT DES OGH IR PROF. DR. ANTON SPENLING

2/2020

ENTSCHEIDUNGEN

ARBEITSRECHT

33 Verletzung der Fürsorgepflicht durch nachteilige Mitteilungen an neuen Arbeitgeber des ehemaligen Arbeitnehmers OGH 17.12.2019, 9 ObA 116/19b	81
34 Keine analoge Anwendung des Verbots von Kettenarbeitsverträgen auf freie Dienstverträge OGH 18.11.2019, 8 ObA 49/19t	82
35 Vorzeitiger Austritt wegen Gesundheitsgefährdung: Anspruch auf Kündigungsentschädigung nur bei rechtswidriger und schuldhafter Herbeiführung des Austrittsgrundes durch den Arbeitgeber OGH 28.11.2019, 9 ObA 102/19v	82
36 Gerechtfertigte Entlassung bei grober Ehrenbeleidigung OGH 30.10.2019, 9 ObA 92/19y	85
37 „Bloßes“ Abwerben von Kunden des ehemaligen Arbeitgebers verstößt gegen eine vereinbarte Kundenschutzklausel, nicht aber gegen eine Geheimhaltungsverpflichtung OGH 17.12.2019, 9 ObA 134/19z	86
38 Anwendbarkeit des für den untergeordneten Bereich eines Mischbetriebes geltenden Kollektivvertrages auf das Arbeitsverhältnis OGH 17.12.2019, 9 ObA 126/19y	87
39 Wirksamkeit einer Konkurrenzklausele auch nach Verschmelzung der ehemaligen Arbeitgeberin mit einer anderen Gesellschaft OGH 17.12.2019, 9 ObA 105/19k	88
40 Individuelle Festlegung von Pausenzeiten durch den Arbeitnehmer entspricht § 11 Abs 1 AZG OGH 25.10.2019, 8 ObA 56/19x	88
41 Keine Entgeltsicherung bei Erfüllung offener Entgeltforderungen durch Dritte OGH 18.11.2019, 8 ObS 3/19b	89
42 Anspruch einer Zahnärztin auf einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld trotz mutterschaftsbedingter Berufsunterbrechung gemäß § 44 ZÄG OGH 15.10.2019, 10 ObS 44/19x	91
43 Ermittlung von Mehr- bzw. Überstunden im Durchrechnungszeitraum bei nach Kollektivvertrag zulässiger verlängerter Normalarbeitszeit OGH 17.12.2019, 9 ObA 132/19f	92
44 Keine Ablaufhemmung eines befristeten Arbeitsverhältnisses mangels rechtzeitiger Bekanntgabe der Schwangerschaft OGH 17.12.2019, 9 ObA 133/19b	93
45 Kein Anspruch auf Beibehaltung des bisherigen Entgeltniveaus bei staatlichem Insourcing OGH 25.10.2019, 8 ObA 51/19m	93
46 Mögliche Mängel im Berufungsverfahren gemäß § 99 Abs 4 UG 2002 für Assoziierte ProfessorInnen – kein Feststellungsinteresse des abgewiesenen Bewerbers OGH 28.11.2019, 9 ObA 122/19k	94
47 Kein Verlust des Kündigungsschutzes nach dem VäterkarenzG bei irrtümlich falscher Datumsbezeichnung in der Karenzmeldung OGH 28.11.2019, 9 ObA 70/19p	95

ARBEITSLOSENVERSICHERUNGSRECHT

48 Unfreundliches Verhalten bei telefonischer Bewerbung im Krankenstand nicht als Vereitelung sanktionierbar BVwG 28.10.2019, W209 2216093-1	97
49 Widerruf und Rückforderung des Weiterbildungsgeldes aufgrund von Einkünften aus selbständiger Erwerbstätigkeit während und nach der Bildungskarenz BVwG 18.11.2019, W162 2207846-1	98

SOZIALRECHT

50 Dienstnehmereigenschaft einer Fachärztin in Rehabilitationsklinik VwGH 7.10.2019, Ra 2019/08/0138	99
51 Feststellung eines Scheinunternehmens iSd Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes: Auswirkungen auf die Pflichtversicherung VwGH 20.11.2019, Ro 2019/08/0016	99
52 Pflege eines nahen Angehörigen: Selbstversicherung gemäß § 18b ASVG neben einer Weiterversicherung gemäß § 17 ASVG zulässig VwGH 20.11.2019, Ro 2019/08/0019	102
53 Ballkomitee als Dienstgeber beim Maturaball – Eventagentur nur Vermittler VwGH 5.12.2019, Ra 2016/08/0109	103
54 Kein Berufsschutz bei einer Tätigkeit als Behindertenbetreuer und einer Ausbildung von 1.530 Stunden OGH 19.11.2019, 10 ObS 145/19z	104
55 Anspruch auf Pflegegeld zur bulgarischen Pension bei einem Antrag vor dem 1.1.2015 OGH 19.11.2019, 10 ObS 138/19w	105

56	Pflegebedarf für die Zubereitung von Mahlzeiten – erforderliche Feststellungen OGH 15.10.2019, 10 ObS 104/19w	106
57	Kein Anspruch auf Familienzeitbonus beim Spitalsaufenthalt des Kindes und gleichzeitiger Erkrankung des Vaters OGH 19.11.2019, 10 ObS 132/19p	107
58	Kein Versicherungsschutz für Lebensrettungsunfall in Portugal OGH 19.11.2019, 10 ObS 61/19x	109
59	Keine Gleichartigkeit von Kinderbetreuungsgeld und deutschem Betreuungsgeld OGH 19.11.2019, 10 ObS 141/19m	111
60	Österreichische Ausgleichszahlung zum deutschen Elterngeld OGH 15.10.2019, 10 ObS 137/19y	111
61	Bewilligung eines Kostenzuschusses für Psychotherapie stellt keinen tauglichen Beweis für das Vorliegen eines Dienstunfalles dar OGH 19.11.2019, 10 ObS 77/19z	114
AUS DER PRAXIS – FÜR DIE PRAXIS		
	Beendigung des Arbeitsverhältnisses infolge Insolvenz des Arbeitgebers – Auswirkungen auf das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld MARGIT MADER	116
AKTUELLE SOZIALPOLITIK		
	Neuregelung der Möglichkeit zur Beendigung einer Lehre von AsylwerberInnen nach negativem Abschluss des Asylverfahrens JOHANNES PEYRL	121
	Das Regierungsprogramm Türkis-Grün SILVIA HRUŠKA-FRANK	125
NEUE BÜCHER		
	<i>Wansing/Welti/Schäfers (Hrsg)</i> Das Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen – Internationale Perspektiven MICHAEL GANNER	127
	<i>Schermuly</i> New Work – Gute Arbeit gestalten. Psychologisches Empowerment von Mitarbeitern JOHANN GLÜCK	128
	<i>Däubler</i> Gläserne Belegschaften – Das Handbuch zum Beschäftigendatenschutz WOLFGANG GORICNIK	128
	<i>Nunner-Krautgasser/Reissner (Hrsg)</i> Praxishandbuch Insolvenz und Arbeitsrecht GERHARD HÖBART	129
	<i>Preis/Sagan</i> Europäisches Arbeitsrecht WOLFGANG KOZAK	129
	<i>Reclam</i> Stichtagsklauseln bei arbeitsrechtlichen Sonderzahlungen GÜNTHER LÖSCHNIGG	130
	<i>Drs</i> Arbeits- und Sozialrecht – Lernen. Üben. Wissen. THOMAS MATHY	131
	<i>Leitner</i> Arbeitsrecht im touristischen Saisonbetrieb KLAUS MAYR	131
	<i>Löschnigg/Resch</i> SWÖ-KV 2019 – ehemals BAGS-KV BIRGIT SCHRATTBAUER	131
	<i>Forgó/Helfrich/Schneider (Hrsg)</i> Betrieblicher Datenschutz – Rechtshandbuch RAINER SILBERNAGL	132
	<i>Hjort/Hjort</i> Aufhebungsvertrag und Abfindung – Strategien, Tipps und Musterverträge ANDREAS WELLENZOHN	132
	BÜCHEREINGANG	133

DRoLL

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z102

Das Recht der Arbeit

Editorial

ABHANDLUNGEN

100 Jahre Kollektivvertragsrecht

ELIAS FELTEN/RUDOLF MOSLER

Koalitionsverträge außerhalb des ArbVG

KLAUS FIRLEI

Die normative Rechtswirkung von Betriebsnormen

FLORIAN MOSING

ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN

Gleichbehandlung Betriebspension

MICHAEL REINER

§ 2d AVRAG und Altkollektivverträge

REINHARD GEIST

Überwachungsrecht des Betriebsrates bezieht sich auch auf betriebliche Übungen

SUSANNE AUER-MAYER

Forderungsqualifikation von Zeitguthaben im Insolvenzverfahren des Arbeitgebers

BRUNO SUNDL

Kinderbetreuungsgeld für getrennt lebende Eltern – gemeinsamer Haushalt nach KBBG und Familienbeihilfe nach FLAG

VERA KMENTA-SPALOFSKY

Formwidrige Auflösung in der Probezeit und Wahlrecht

THOMAS MATHY

Keine Essensbons für PensionistInnen

WOLFGANG KOZAK

Zur Aufrechterhaltung überschießend formulierter Konkurrenzklauseln

ELIAS FELTEN



NR.
387

MONAT
April

JAHR
70.

Schriftleitung

ELIAS FELTEN, CHRISTOPH KLEIN, RUDOLF MOSLER

Wissenschaftlicher Beirat

HON.-PROF. DR. JOSEF CERNY

MITGLIED DES VFGH RA^{IN} HON.-PROF.^{IN} DR.^{IN} SIEGLINDE GAHLEITNER

BM AD GEN.-DIR. AD DR. WALTER GEPPERT

EM. O.UNIV.-PROF. DR. KONRAD GRILLBERGER

EM. O.UNIV.-PROF. DR. PETER JABORNEGG

HOFRÄTIN DES VWGH HON.-PROF.^{IN} DR.^{IN} ANGELA JULCHER

UNIV.-PROF. MMAG. DDR. GÜNTHER LÖSCHNIGG

SEN.-PRÄS. DES VWGH IR MITGLIED DES VFGH IR HON.-PROF. DR. DR. HC RUDOLF MÜLLER

SEN.-PRÄS. DES OGH IR DR. KARL HEINZ PETRAG

UNIV.-PROF. DR. WALTER J. PFEL

HON.-PROF. DR. JOHANNES SCHREGLE

VIZEPRÄSIDENT DES OGH IR PROF. DR. ANTON SPENLING

2/2020

Editorial	91
ABHANDLUNGEN	
100 Jahre Kollektivvertragsrecht ELIAS FELTEN/RUDOLF MOSLER	91
Koalitionsverträge außerhalb des ArbVG KLAUS FIRLEI	104
Die normative Rechtswirkung von Betriebsnormen FLORIAN MOSING	115
ENTSCHEIDUNGSBESPRECHUNGEN	
Gleichbehandlung Betriebspension MICHAEL REINER zu OGH vom 27.2.2019, 9 ObA 25/18v	122
§ 2d AVRAG und Altkollektivverträge REINHARD GEIST zu OGH vom 27.2.2019, 9 ObA 105/18h	129
Überwachungsrecht des Betriebsrates bezieht sich auch auf betriebliche Übungen SUSANNE AUER-MAYER zu OGH vom 27.2.2019, 9 ObA 9/19t	134
Forderungsqualifikation von Zeitguthaben im Insolvenzverfahren des Arbeitgebers BRUNO SUNDL zu OGH vom 25.3.2019, 8 ObA 60/18h	139
Kinderbetreuungsgeld für getrennt lebende Eltern – gemeinsamer Haushalt nach KBBG und Familienbeihilfe nach FLAG VERA KMENTA-SPALOFSKY zu OGH vom 26.3.2019, 10 ObS 17/19a	144
Formwidrige Auflösung in der Probezeit und Wahlrecht THOMAS MATHY zu OGH vom 28.3.2019, 9 ObA 135/18w	150
Keine Essensbons für PensionistInnen WOLFGANG KOZAK zu OGH vom 28.3.2019, 9 ObA 137/18i	156
Zur Aufrechterhaltung überschießend formulierter Konkurrenzkláuseln ELIAS FELTEN zu OGH vom 29.4.2019, 8 ObA 12/19a	161
AUS DER GESCHICHTE DES ARBEITSRECHTS UND DES SOZIALRECHTS	
„In dem Gesetz über die Einigungsämter zeigt sich der Geist der Demokratie von Paragraph zu Paragraph.“ – Anmerkungen zur Geschichte des „Einigungsamtgesetzes 1920“ KLAUS-DIETER MULLEY	166
BUCHBESPRECHUNGEN	
Schmidt/Müller/Ramos-Vielba/A. Thörnquist/C. Thörnquist Finanzmarktkrise und Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor – Deutschland, Großbritannien, Schweden und Spanien KLAUS FIRLEI	176
Krüger Das Stinnes-Legien-Abkommen 1918–1924 – Voraussetzungen, Entstehung, Umsetzung und Bedeutung KLAUS-DIETER MULLEY	177
Piper Rosa Luxemburg – Ein Leben KLAUS FIRLEI	179
Völcker Der Konzerntarifvertrag – Wege zur einheitlichen Tarifgestaltung im Konzern LINDA KREIL	180

Inhalt

<i>Die Armutskonferenz (Hrsg)</i>	181
Achtung – Abwertung hat System. Vom Ringen um Anerkennung, Wertschätzung und Würde KLAUS FIRLEI	
<i>Benecke (Hrsg)</i>	183
Unternehmen 4.0 – Arbeitsrechtlicher Strukturwandel durch Digitalisierung THOMAS DULLINGER	
<i>Mosing</i>	184
Das Günstigkeitsprinzip im Arbeitsrecht PETER JABORNEGG	
<i>Peter</i>	186
Arbeitsrecht in Familienunternehmen PETER C. SCHÖFFMANN	
<i>Schrattbauer/Pfeil/Mosler (Hrsg)</i>	187
Migration, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik GERHARD MUZAK	
<i>Dornberger</i>	187
Schutzmöglichkeiten gegen die Behinderung von Betriebsratswahlen seitens des Arbeitgebers ALEXANDRA HOLZER	
<i>Ales/Bell/Deinert/Robin-Olivier (Hrsg)</i>	189
International and European Labour Law WALTER GAGAWCZUK	
<i>Aumann</i>	191
Arbeitsunfall 4.0 – Die Abgrenzung privater und beruflicher Risikosphären in der modernen Arbeitswelt RUDOLF MÜLLER	

NZS

Neue Zeitschrift Sozialrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3 - Z 243 r

Zeiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Becker

Dr. Jürgen Brand

Prof. Dr. Dagmar Felix

Prof. Dr. Stefan Greiner

Prof. Dr. Thorsten Kingreen

Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof

Dr. Gerhard Knorr

Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies

Dr. h. c. Peter Masuch

Prof. Dr. Hermann Plagemann

Prof. Dr. Christian Rolfs

Prof. Dr. Franz Ruland

Prof. Dr. Rainer Schlegel

Prof. Dr. Helge Sodan

Prof. Dr. Wolfgang Spellbrink

Prof. Dr. Raimund Waltermann

Prof. Dr. Peter Wigge

www.nzs.beck.de

Aus dem Inhalt

S. Filges

Das Terminservice- und Versorgungsgesetz – besser,
schneller, digitaler?

201

A. Knospe

Deutsch-polnische Arbeitsmigration im zeitlichen
Wandel transnationaler Sozialversicherungsregeln

206

A. Tabbara

Neues Sozialgesetzbuch XIV – Die Reform des
Sozialen Entschädigungsrechts

210

BSG

Deutsch-Polnische Sozialversicherungsabkommen

219

BSG

Abhängige Beschäftigung von in Krankenhäusern
tätigen Honorarärzten

223

BSG

Rechtsschutz von Anbietern und Herstellern neuer
Untersuchungs- und Behandlungsmethoden
(Kurzkommentierung *A. Diehm*)

231

BSG

Zur notwendigen persönlichen Begegnung zwischen
dem Gutachter und dem Versicherten
(Kurzkommentierung *T. Mushoff*)

233



C.H. BECK

6/2020

16. März 2020

29. Jahrgang S. 201–240



6950202006

NZS aktuell

<i>Gesetzgebung</i>	Grundrente im Bundeskabinett beschlossen	VI
<i>Rechtsprechung</i>	BVerfG: Vorlage zum Ausschluss von Sozialleistungen für Ausländer ohne Aufenthaltsrecht unzulässig	VI
	BFH: Reguläre Anpassung der Renten im Beitrittsgebiet an das Westniveau	VI
	LSG Hessen: Geringer ergänzender Sozialleistungsbezug begründet keinen Missbrauch des EU-Freizügigkeitsrechts	VII
	SG Detmold: Querschnittsgelähmte Klägerin hat Anspruch auf die Übernahme der Kosten für ein behindertengerechtes Fahrzeug	VII
	SG Dortmund: Teilnahme am Firmenlauf führt zu keinem Versicherungsschutz in der gesetzlichen Unfallversicherung	VII
	SG Frankfurt a.M.: Kein Unfallversicherungsschutz für Nachwuchsfußballerin	VIII
	SG Karlsruhe: Freibetrag bei gleichzeitigem Bezug mehrerer Betriebsrenten verhältnismäßig aufzuteilen	VIII
<i>Mitteilungen</i>	Der Arbeitsmarkt im Februar 2020: Weiter stabile Entwicklung trotz schwacher Konjunktur	IX
	Vermittlungsquote von Jobcentern	IX
	Kosten bei Hartz-IV-Rückforderungen	IX
	99.000 Betriebe zahlen Ausgleichsabgabe	IX
	Meldung von Übergriffen in Jobcentern	IX
	GRÜNE: Sicherheit für Selbständige	X
	DIE LINKE: Gesetzliche Rente auch für Abgeordnete	X
	AfD-Antrag zum ALG I abgelehnt	X
<i>Veranstaltungen</i>	Digitale Gesundheitsanwendungen – zwischen SGB V und DS-GVO	X

Aufsätze und Berichte

<i>Sven Filges</i>	Das Terminservice- und Versorgungsgesetz – besser, schneller, digitaler?	201
<i>Armin Knospe</i>	Deutsch-polnische Arbeitsmigration im zeitlichen Wandel transnationaler Sozialversicherungsregeln	206
<i>Annette Tabbara</i>	Neues Sozialgesetzbuch XIV – Die Reform des Sozialen Entschädigungsrechts	210

Buchbesprechungen

<i>Maximilian Wallerath</i>	Die Universalisierung sozialer Menschenrechte am Beispiel sozialer Grundsicherung	217
-----------------------------	---	-----

Rechtsprechung

Rechtsprechung im Volltext

Rentenversicherungsrecht

BSG
27.06.2019 – B 5 R 36/17 R
Deutsch-Polnische Sozialversicherungsabkommen 219

Beitragsrecht

BSG
04.06.2019 – B 12 R 11/18 R
Abhängige Beschäftigung von in Krankenhäusern tätigen Honorarärzten 223

Kommentierte Rechtsprechung

Krankenversicherungsrecht

BSG
08.08.2019 – B 3 KR 21/18 R
Elektrorollstuhl als Leistung der GKV (*Ulrich Knispel*) 230

BSG
11.09.2019 – B 6 KA 17/18 R
Rechtsschutz von Anbietern und Herstellern neuer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden (*Alexander Diehm*) 231

Pflegeversicherungsrecht

LSG Bayern
27.06.2019 – L 4 P 63/18
Familienwohngruppe (*Sylvia Schmidt*) 232

Unfallversicherungsrecht

BSG
07.05.2019 – B 2 U 25/17 R
Zur notwendigen persönlichen Begegnung zwischen dem Gutachter und dem Versicherten (*Tobias Mushoff*) 233

LSG Berlin-Brandenburg
12.12.2019 – L 3 U 74/18
Kraftvolles Arbeiten mit der Mistgabel ist kein Unfallereignis (*Dunja Barkow von Creytz*) 234

Grundsicherungsrecht

BSG
05.09.2019 – B 8 SO 14/18 R
Lebt der Betroffene von seinem Ehegatten dauernd getrennt, so steht diese Ehe einer eheähnlichen Gemeinschaft mit einem Dritten nicht entgegen (*Andreas Jenak*) 235

LSG Hessen
11.12.2019 – L 6 AS 528/19 B ER
Missbrauch der Arbeitnehmerfreizügigkeit wegen des absehbaren Bezuges von SGB II-Leistungen? (*Jens Senger*) 236

Beitragsrecht

LSG Sachsen
02.12.2019 – L 9 KR 7/17
Sozialversicherungspflicht eines Minderheitsgesellschafter-Directors einer private company limited by shares (*Dunja Barkow von Creytz*) 237

Verfahrensrecht

BSG
19.11.2019 – B 1 KR 72/18 B
Verfahrensfehlerhafte Klagabweisung wegen fehlenden Vorverfahrens (*Ulrich Knispel/Ulrich Knispel*) 238

LSG Baden-Württemberg
11.12.2019 – L 7 SO 3980/19 ER-B
Kein Anordnungsgrund bei Aufrechnungsmöglichkeit gegen Mietzins (*Joachim Becker*) 239

LSG Niedersachsen-Bremen
11.09.2019 – L 2 R 307/19 B ER
Selbständiges Beweissicherungsverfahren parallel zum Hauptsacheverfahren? (*Benjamin Schmidt*) 240

NZS

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

DB-Z243

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

In Zusammenarbeit mit der
Neuen Juristischen Wochenschrift

herausgegeben von
Prof. Dr. Ulrich Becker
Dr. Jürgen Brand
Prof. Dr. Dagmar Felix
Prof. Dr. Stefan Greiner
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Ferdinand Kirchhof
Dr. Gerhard Knorr
Prof. Dr. Katharina von Koppenfels-Spies
Dr. h. c. Peter Masuch
Prof. Dr. Hermann Plagemann
Prof. Dr. Christian Rolfs
Prof. Dr. Franz Ruland
Prof. Dr. Rainer Schlegel
Prof. Dr. Helge Sodan
Prof. Dr. Wolfgang Spellbrink
Prof. Dr. Raimund Waltermann
Prof. Dr. Peter Wigge

www.nzs.beck.de



C.H. BECK

7/2020

30. März 2020

29. Jahrgang S. 241–280

Aus dem Inhalt

- S. Bretthauer/I. Spiecker gen. Döhmann*
Die rechtliche Zulässigkeit einer Online-Wahl
zur Sozialwahl 241
- C. Bittner*
NZS-Jahresrevue Verfassungsrecht 248
- A. Diehm*
Änderungen im Beitragsrecht durch das
GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz 256
- BSG*
Die pauschale Aufforderung, die Berufung zu
begründen, genügt für eine Betreibensaufforderung
nicht, wenn in der Vorinstanz der Sachverhalt bereits
aufgeklärt wurde. (Anm. A. Habel) 263
- LSG Baden-Württemberg*
Rücknahme eines Antrags auf Befreiung von der
Versicherungspflicht in der gesetzlichen Renten-
versicherung bei geringfügiger Beschäftigung
(Anm. W. Brose) 266
- BSG*
Absoluter Revisionsgrund bei nicht gerechtfertigter
Verwendung eines nicht planmäßigen Richters
(Kurzkomentierung S. Kluckert) 270
- LSG Berlin-Brandenburg*
Regelmäßig ausgeübte geringfügige Beschäftigung
(Kurzkomentierung P.-G. Stäbler) 278
- BSG*
Beschwerdefrist bei der Nichtzulassung der Revision
(Kurzkomentierung K. Türpe) 279



6950202007

Neue Zeitschrift für Sozialrecht

Zweiwochenschrift für die anwaltliche, betriebliche, behördliche und gerichtliche Praxis

7/2020

NZS aktuell

<i>Gesetzgebung</i>	Kurzarbeit wird erleichtert	VII
	Regeln für die Sozialversicherung	VII
<i>Rechtsprechung</i>	LSG Hessen: Kein Elterngeld bei Wohnsitz im Ausland	VII
	LSG NRW: SGB II-Anspruch bei Beurlaubung im Maßregelvollzug	VII
<i>Mitteilungen</i>	Vorläufige Finanzergebnisse der Krankenkassen in 2019	VIII
	Linke fordert Weiterbildungsgeld	IX
	FDP fordert Pressekonferenzen in Gebärdensprache	IX
	Linke: Gesundheitsversorgung für alle	IX
	Grüne fordern eine Arbeitsversicherung	IX
	Passiv-Aktiv-Transfer wird oft genutzt	IX
	Integration von Flüchtlingen	IX
	Jobcenter und Arbeitsagenturen arbeiten weiter – auch wenn die Türen geschlossen sind	X
<i>Veranstaltungen</i>	Fachtagung Personenschaden: Neueste Erkenntnisse & Entwicklungen rund um die Regulierung von Personenschäden	x

Aufsätze und Berichte

<i>Sebastian Bretthauer/ Indra Spiecker gen. Döhmann</i>	Die rechtliche Zulässigkeit einer Online-Wahl zur Sozialwahl	241
<i>Claudia Bittner</i>	NZS-Jahresrevue Verfassungsrecht	248
<i>Alexander Diehm</i>	Änderungen im Beitragsrecht durch das GKV-Betriebsrentenfreibetragsgesetz	256

Buchbesprechungen

<i>Paul Schultess</i>	Fachtagung Personenschaden 2019	262
-----------------------	---------------------------------	-----

Rechtsprechung

Rechtsprechung im Volltext

Verfahrensrecht

BSG 28.11.2019 – B 7 AY 2/18 B	Die pauschale Aufforderung, die Berufung zu begründen, genügt für eine Betreibensaufforderung nicht, wenn in der Vorinstanz der Sachverhalt bereits aufgeklärt wurde. (mit Anm. Arne Habel)	263
LSG Baden-Württemberg 12.12.2019 – L 10 R 1323/19	Rücknahme eines Antrags auf Befreiung von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung bei geringfügiger Beschäftigung (mit Anm. Wiebke Brose)	266

Kommentierte Rechtsprechung

Krankenversicherungsrecht

BSG 30.07.2019 – B 1 KR 92/18 B	Absoluter Revisionsgrund bei nicht gerechtfertigter Verwendung eines nicht planmäßigen Richters (<i>Sebastian Kluckert</i>)	270
BSG 26.06.2019 – B 6 KA 68/17 R	Begründungsanforderungen und Präklusion bei der Abrechnung von Notfallbehandlungen durch Krankenhaus (<i>Sebastian Kluckert</i>)	271
BSG 11.09.2019 – B 6 KA 6/18 R	Vergütung von Leistungen einer Krankenhaus-Notfallambulanz bei stationärer Weiterbehandlung in einem anderen Krankenhaus (<i>Sebastian Kluckert</i>)	272
LSG Niedersachsen-Bremen 17.12.2019 – L 16 KR 191/18	Anspruch auf Mutterschaftsgeld bei einem als fortbestehend geltenden Versicherungsverhältnis (<i>Sven Filges</i>)	273
LSG Berlin-Brandenburg 13.11.2019 – L 7 KA 40/17	Klagefrist und Verwirkung bei unrichtiger Rechtsbehelfsbelehrung über die Einbeziehung eines Verwaltungsakts in ein Berufungsverfahren (<i>Sebastian Kluckert</i>)	274

Teilhaberecht

LSG Hessen 18.12.2018 – L 3 SB 107/17	Merkzeichen aG bei Beinlähmung (<i>Kathrin Türpe</i>)	275
--	---	-----

Rentenversicherungsrecht

BSG 11.12.2019 – B 13 R 7/19 R	Minderung des Zugangsfaktors bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente für langjährig Versicherte (<i>Martin Helwing</i>)	276
-----------------------------------	---	-----

Grundsicherungsrecht

LSG Baden-Württemberg 25.09.2019 – L 7 AY 3535/18	Zu den Voraussetzungen der Sicherstellung nach § 7 a AsylbLG (<i>Sven Filges</i>)	277
--	---	-----

Beitragsrecht

LSG Berlin-Brandenburg 30.01.2019 – L 9 KR 252/16	Regelmäßig ausgeübte geringfügige Beschäftigung (<i>Paul-Gerhard Stäbler</i>)	278
--	---	-----

Verfahrensrecht

BSG 11.02.2019 – B 9 SB 12/18 B (LSG SA)	Beschwerdefrist bei der Nichtzulassung der Revision (<i>Kathrin Türpe</i>)	279
LSG Thüringen 10.10.2019 – L 1 SV 793/19 B ER	Die Klage auf Auskunft aus dem Geburtenregister ist keine Angelegenheit der Sozialversicherung (<i>Kathrin Türpe</i>)	280

Soziale Sicherheit

ZEITSCHRIFT FÜR ARBEIT UND SOZIALES

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z 248

3 | 2020



Umwelt

Klimakosten – eine Frage der gerechten Verteilung

JOBCENTER *Umsetzung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements*

SANKTIONEN *Wie weiter nach dem Karlsruher Urteil?*

PFLEGE *Den Leistungsdschungel lichten*

INKLUSIVE
RECHTSPRECHUNG

SoSi plus


BUND
VERLAG

Titelthema

Klimapolitik



**Klimakosten –
eine Frage der
gerechten Verteilung**

Die Klimakatastrophe wird auf verschiedenen Ebenen Auswirkungen auf unseren Sozialstaat haben. Aber wie genau sehen die aus? Das Klimapaket hat eine soziale Leerstelle, die gefüllt werden muss. Das fängt nicht beim Strompreis an und hört nicht beim Nachdenken über einen Green New Deal auf, der nur gelingen kann, wenn Verteilungsfragen beachtet werden. Mit dem zweiten Teil unseres Klimaschwerpunkts begeben wir uns auf die Suche nach Antworten.

- Position** 92 KLAUS DÖRRE
Keine ökologische Nachhaltigkeit ohne soziale Gerechtigkeit
- 93 JÖRG MEYER
Wer kann sich Umwelt leisten?
- 94 FLORIAN BLANK
Sozialpolitik und Klimanotstand – allgemeine Zusammenhänge
- 98 WIEBKE SCHRÖDER
Energiekosten in der Grundsicherung: Blinder Fleck in der Klimapolitik

- Magazin** 88 **Aus der Gesetzgebung**
89 **Kritik an Spahns Reformplänen zur Notfallversorgung**
90 **Personalia**
91 **Termine**

- Gesundheit** 101 HANS NAKIELSKI
Pflege **Vorschlag des Pflegebevollmächtigten zur häuslichen Pflege: Leistungsdschungel lichten – zwei Pflegebudgets statt vieler Einzelleistungen**

Der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Andreas Westerfellhaus, will den »Leistungsdschungel in der häuslichen Pflege auflösen«. Dazu hat er Mitte Februar ein beachtenswertes Konzept vorgelegt.

- Soziales** 105 KLAUS-JÜRGEN KEMPKENS/THOMAS PASSON
Jobcenter **Die Umsetzung des beschäftigungsorientierten Fallmanagements (bfm) in den Jobcentern**
Studie zum Umsetzungsstand in Nord- und Ostdeutschland

- Recht** 111 REINHARD SCHÜSSLER
Sanktionen **Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Zwei Vorschläge zur Weiterentwicklung des Sanktionensystems im SGB II**

- 114 **Impressum**

Hinweis:
Der Bund-Verlag zieht im April 2020 um.
Die neue Adresse lautet:
Bund-Verlag GmbH,
Emil-von-Behring-Straße 14,
60439 Frankfurt.



Statusfeststellung

Statusfeststellung des Arbeitnehmers führt zu hohen Rückforderungen des Arbeitgebers

BAG, Urteil vom 26. 6. 2019 – 5 AZR 178/18

Prof. Ulrich Wenner

Das hätte sich der gut bezahlte EDV-Systemadministrator nicht träumen lassen: Nach dem Erfolg seiner Statusfeststellungsklage beim Landessozialgericht (LSG) erlitt er beim Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt eine herbe Niederlage und muss seinem ehemaligen Arbeitgeber wohl mehr als 100.000 Euro zurückzahlen.

Der hatte nämlich nach der Niederlage beim LSG zwar seine Verpflichtung gegenüber der Einzugsstelle für den Gesamtsozialversicherungsbeitrag erfüllt, es dabei aber nicht bewenden lassen. Getreu der Devise »da wollen wir doch mal sehen, was Du davon hast« nahm er seinen ehemaligen Arbeitnehmer auf Rückzahlung der Honorare für den gesamten Zeitraum des Beschäftigungsverhältnisses in Anspruch und hat damit voraussichtlich Erfolg. Die Erfurter Bundesrichter haben die Sache zwar am 26. 6. 2019 zur weiteren Sachaufklärung an das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg zurückverwiesen. Nach dem Inhalt der Entscheidungsgründe und den zahlreichen »Hinweisen«, die das BAG seinen Kollegen für die neue Entscheidung an die Hand gegeben hat, wird aber der Arbeitnehmer zumindest einen großen Teil der Forderung erfüllen müssen.

»Externer EDV-Administrator«

Der jetzt beklagte EDV-Experte war zwischen 2001 und 2009 bei dem klagenden Unternehmen, das als gemeinnützige Einrichtung Maßnahmen der Arbeitsförderung anbietet, als sogenannter externer EDV-Administrator tätig. Die Parteien hatten einen freien Dienstvertrag geschlossen und eine Stundenvergütung des Beklagten

von zuletzt 60 Euro/Stunde vereinbart. Wenige Monate nach Kündigung des Vertrages durch den Beklagten stellte die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) auf dessen Antrag im Oktober 2009 fest, dass dieser während der gesamten Zeit seiner Tätigkeit für die Klägerin in einem Beschäftigungsverhältnis gestanden habe. Mit ihrer Klage gegen die Statusfeststellung hatte die Klägerin keinen Erfolg. Das zu Gunsten der DRV und des Arbeitnehmers ergangene Urteil des LSG Baden-Württemberg aus April 2014 ist rechtskräftig geworden. Die Klägerin entrichtete daraufhin für die vier Jahre zwischen 2005 und 2009 die vollen Sozialversicherungsbeiträge nach und erhob im August 2015 beim Arbeitsgericht Freiburg Klage auf Rückzahlung der zwischen 2001 und 2009 gezahlten Honorare sowie des Arbeitnehmerbeitrags zur Sozialversicherung in Höhe von insgesamt 112.000 Euro. Die Berechnung der Forderung nahm sie so vor, dass sie von der Summe der Honorare auf der Basis von zuletzt 60 Euro/Stunde das Gehalt abzog, das der Beklagte als Arbeitnehmer erhalten hätte (circa 15 Euro/Stunde). Das hat der 5. Senat des BAG im Kern für richtig gehalten; lediglich zur Höhe der fiktiven Vergütung als Arbeitnehmer muss die Klägerin noch ergänzend vortragen.

Inhalt

- 1 Statusfeststellung
BAG: Statusfeststellung des Arbeitnehmers führt zu hohen Rückforderungen des Arbeitgebers
- 3 Erwerbsminderungsrente
BSG: Kleine Verbesserungen für gesundheitlich eingeschränkte Versicherte
- 4 Grundsicherung
BSG: Zinsen aus der Zeit vor dem Bezug von Grundsicherungsleistungen muss das Jobcenter nicht übernehmen.
- 5 Grundsicherung
SG München: Darlehen für Belastungen durch Umlagebeschlüsse der Eigentümerversammlung
- 6 Krankenversicherung
BSG: Beschränkung auf Indikation »diabetisches Fußsyndrom« rechtmäßig
- 7 Unfallversicherung
BSG: Unfall auf dem Weg vom Kindergarten zurück zum häuslichen Arbeitsort nicht versichert
- 8 Unfallversicherung
SG Stuttgart: Unfall bei Segway-Tour: Berufsgenossenschaft muss nicht bezahlen
- 9 Unfallversicherung
SG Dortmund: Unfall nach Katzenfütterung – Berufsgenossenschaft zahlt nicht
- 10 Rentenversicherung
LSG Baden-Württemberg: Wegen angeblicher Versorgungsehe: Witwenrente zu Unrecht verweigert
- 11 Sozialhilfe
LSG NRW: Sozialhilfe zahlt Bestattung einer Fehlgeburt nicht
- 12 Grundsicherung
LSG NRW: Kosten für Kryokonservierung müssen vom Jobcenter übernommen werden
- 12 Impressum

JAS

D3-2332

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY
OF ECONOMICS
AND BUSINESS

ISSN 2520-4238

Journal für Arbeitsrecht und Sozialrecht

Beiträge

Matthäus Uitz

Die Abgeltung der Mitwirkung im Erwerb des Ehegatten (§§ 98 ff ABGB):
Privatrechtliche Abgrenzungsfragen, sozialversicherungsrechtliche Einordnung .. 1

Thomas Pfalz

Grundfragen des Entgelt- und Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer
mit Behinderungen 20

Harald Lidauer

Beitragsrechtliche Rechtsfolgen einer fehlerhaften sozialversicherungsrechtlichen
Einordnung von Erwerbstätigkeiten unter besonderer Berücksichtigung der
Fallkonstellation der Scheinselbstständigkeit 37

Entscheidungsbesprechungen

Klaus Firlei

Kündigungsklauseln in befristeten Arbeitsverträgen 59

Peter Jabornegg

Formwidrige Beendigung des Lehrverhältnisses während der Probezeit –
keine Kündigungsentschädigung 73

Andrea Potz

Arbeitnehmerfreizügigkeit und Entgeltsysteme – verlangt das Unionsrecht
die Gleichbehandlung von Vordienstzeiten und Dienstzeiten? 83

Karl Stöger

Keine Verwaltungsverfahrensgemeinschaft der Bewerber bei
krankenanstaltenrechtlicher Bedarfsprüfung 106

Buchbesprechung 117

Impressum U2

4. Jahrgang 2020 Nr. 1

MANITZ

EuZA Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht

EJLL European Journal of



2/2020

D3-Z260

<i>Abbo Junker</i> Erwägungsgründe: Unkraut auf dem Beet der europäischen Gesetzgebung?	141
<i>Monika Schlachter</i> 100 Jahre ILO und die Suche nach sozialer Gerechtigkeit	143
<i>Wiebke Brose</i> Die Arbeitgeberpflichten bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung nach Art. 5 Richtlinie 2000/78/EG	157
<i>Martin Franzen/Christian Roth</i> Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs im Arbeitsrecht im Jahr 2019	177
<i>Christina Meyer</i> Das Kopftuch am Arbeitsplatz und unternehmerische Neutralitätskonzepte: Wie verändert europäisches Gleichbehandlungsrecht den Umgang mit der Religionsfreiheit in Arbeitsverhältnissen zwischen Privaten?	207
<i>Kurt Pärli</i> Die EGMR-Rechtsprechung zum Schutz der Privatsphäre und vor Überwachung am Arbeitsplatz	224
<i>Georg Caspers</i> Betriebsübergang in einem Reorganisationsverfahren (Urteil des EuGH)	236
<i>Anne Christin Wietfeld</i> Berechnung einer Entlassungsentschädigung nach einem Elternurlaub in Teilzeit (Urteil des EuGH)	246
<i>Tagungsbericht</i>	275

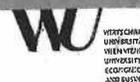
Herausgegeben von
Martin Franzen
Felix Hartmann
Abbo Junker
Sebastian Krebber
Volker Rieble
Monika Schlachter

Verlag C.H. BECK



Zeitschrift für

ARBEITS-**ZAS** UND SOZIALREC



D3-Z 108

Schriftleitung Stefan Köck

 Redaktion Helwig Aubauer, Susanne Auer-Mayer, Elisabeth Brameshuber,
 Wolfgang Brodil, Rolf Gleißner, Harald Kaszanits,
 Christoph Kietabl, Thomas Neumann, Martin Risak

Begründet von Theodor Tomandl



März 2020

02

49 – 96

Schwerpunktbeiträge

Der VfGH zur Sozialversicherungsreform

Kassenfusion und Dienstgeber-Parität in Selbstverwaltungsorganen
verfassungskonform

Helwig Aubauer und Martina Rosenmayr-Khoshideh ↻ 52

Neue „Aufsichtsbefugnisse“ und Eignungstest großteils
verfassungswidrig Elisabeth Brameshuber ↻ 57

Die Sozialversicherungsprüfung als eigener Wirkungsbereich
der ÖGK Konrad Lachmayer ↻ 65

Beitrag

Der VfGH zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz Theodor Tomandl ↻ 70

Rechtsprechung kommentiert

Verwaltungsstrafen bei Formaldelikten des LSD-BG verstoßen
gegen die Dienstleistungsfreiheit; sie sind unanwendbar

Katharina Körber-Risak ↻ 80

Teilzeit bei familiärer Betreuungspflicht Reinhard Resch ↻ 86

Kein Einbezug von Konzernoptionen in Beendigungsansprüche

Helmut Preyer und Matthias Schwarz ↻ 90

Checkliste

Regierungsprogramm 2020 – 2024:

Ausgewählte sozialpolitische Punkte Ingomar Stupar ↻ 94

Der VfGH zur Sozialversicherungsreform

→ Editorial	49
Reformen	
<i>Von Stefan Köck</i>	

Beiträge

→ Kassenfusion und Dienstgeber-Parität in Selbstverwaltungsorganen verfassungskonform	52
--	----

Curia novit iura.

Am 13. 12. 2019 entschied der VfGH über mehrere Anträge auf Gesetzesprüfung, die sich gegen das Sozialversicherungs-Organisationsgesetz (SV-OG BGBl I 2018/100) richteten. Die Grundpfeiler der Reform, die Zusammenführung der Gebietskrankenkassen sowie die Parität von Dienstnehmern und Dienstgebern in den Gremien von ÖGK und PVA, wurden vom VfGH als verfassungskonform bestätigt, gleichzeitig wesentliche Fragen zur sonstigen Selbstverwaltung nach Art 120 a ff B-VG klargestellt.

Von Helwig Aubauer und Martina Rosenmayr-Khoshideh

→ Neue „Aufsichtsbefugnisse“ und Eignungstest größtenteils verfassungswidrig . . .	57
Bekräftigung der Autonomie der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung	

Bei Selbstverwaltung iSd Art 120 a – 120 c B-VG geht es zuvörderst um Autonomie. Den Aufsichtsbehörden stehen daher lediglich Kontroll-, aber keine Leitungsbefugnisse zu. Autonom sowie aus dem Kreis der Mitglieder nach demokratischen Grundsätzen hat auch die Bildung der Organe der Selbstverwaltungskörper zu erfolgen.

Von Elisabeth Brameshuber

→ Die Sozialversicherungsprüfung als eigener Wirkungsbereich der ÖGK	65
Zu den Grenzen der Übertragung der Beitragsverwaltung in der sozialen Selbstverwaltung	

Der VfGH hob die Übertragung der Sozialversicherungsprüfung auf die Bundesverwaltung auf und legte die verfassungsrechtlichen Grenzen für die Übertragung von Aufgaben des eigenen Wirkungsbereichs der Sozialversicherungsträger in die staatliche Bundesverwaltung fest. Der Beitrag analysiert die verfassungsrechtlichen Hintergründe und zeigt Perspektiven für die Weiterentwicklung der Beitragsprüfung auf.

Von Konrad Lachmayer

→ Der VfGH zum Sozialhilfe-Grundsatzgesetz.	70
--	----

Der VfGH hat zwei Regelungen des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes und eine Bestimmung des Sozialhilfe-Statistikgesetzes aufgehoben, die restlichen Anfechtungen des SH-GG jedoch entweder aus formalen Gründen zurückgewiesen oder abgewiesen. Der Beitrag setzt sich mit den Entscheidungsgründen und den Konsequenzen dieser Entscheidung auseinander.

Von Theodor Tomandl

ZAS-Judikaturübersicht

→ ZAS-Judikatur 2020/16–28.	77
----------------------------------	----

Rechtsprechung

→ Verwaltungsstrafen bei Formdelikten des LSD-BG verstoßen gegen die Dienstleistungsfreiheit; sie sind unanwendbar 80

EuGH C-64/18, *Maksimovic*, und EuGH C-645/18, *NE/BH Hartberg-Fürstenfeld*;
VfGH 27. 11. 2019, E 2893–2896/2019 und E 2047–2049/2019

Mit Kommentar von Katharina Körber-Risak



→ Teilzeit bei familiärer Betreuungspflicht 86

OGH 17. 12. 2018, 9 ObA 126/18 x

Mit Kommentar von Reinhard Resch

→ Kein Einbezug von Konzernoptionen in Beendigungsansprüche 90

OGH 23. 7. 2019, 9 ObA 87/19 p

Mit Kommentar von Helmut Preyer und Matthias Schwarz

Checkliste

→ Regierungsprogramm 2020–2024: Ausgewählte sozialpolitische Punkte 94

Von Ingomar Stupar

Standards

→ Impressum 49



Die Dimensionen der Neuorganisation der österreichischen Sozialversicherung

2019. XII, 144 Seiten.
Br. EUR 36,-
ISBN 978-3-214-14667-2

Pfeil · Prantner · Warter (Hrsg)

Sozialversicherungs-Organisationsgesetz

Verfassungs-, arbeits- und verfahrensrechtliche Fragestellungen

Zum Inhalt:

- Die Organisationsreform im Kontext von Selbstverwaltungsgarantie, Kompetenznorm und gleichheitsrechtlicher Sachlichkeit (Walter Berka)
- Betriebs(teil)übergänge im Rahmen des SV-OG (Johannes Warter)
- Rechtsfolgen des SV-OG für einzelne Arbeitsverhältnisse (Rudolf Mosler)
- Betriebsverfassungsrechtliche Fragestellungen auf Grund des SV-OG (Walter J. Pfeil)
- Bindung des Verwaltungsrates der ÖGK an die bisherige Beschlusspraxis (Birgit Schratlbauer)
- Fragen im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen infolge des SV-OG (Susanne Auer-Mayer)
- Verwaltungsrechtliche Dimension (Thomas Müller)
- Leistungsverfahrenrechtliche Dimension (Matthias Neumayr)

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16 · 1010 Wien www.manz.at

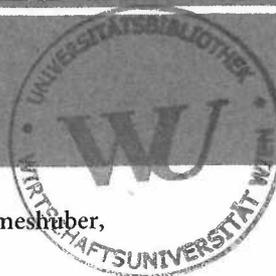
MANZ

Zeitschrift für

ARBEITS-**ZAS** UND SOZIALRECHT



D3-Z 108
Sonderheft



Schriftleitung **Stefan Köck**

Redaktion **Helwig Aubauer, Susanne Auer-Mayer, Elisabeth Brameshuber,**

Wolfgang Brodil, Rolf Gleißner, Harald Kaszanits,

Christoph Kietaiabl, Thomas Neumann, Martin Risak

Begründet von **Theodor Tomandl**

März 2020 **2a**

97 – 152

Sonderheft

ZAS-Tag 2019 Schwerpunkt „Aktuelle Rechtsfragen zu Arbeitszeit, Feiertagen und Urlaub“

Beiträge

Arbeitswissenschaftliche/-medizinische Aspekte zur Arbeitszeit

Johannes Gärtner und Anna Arlinghaus ➔ 99

Ausgewähltes Judikatur-Update 2019 *Franz Schrank* ➔ 105

Ausgewählte Rechtsprobleme rund um Urlaub und Feiertage

Susanne Auer-Mayer ➔ 126

Überstunden bei Gleitzeit *Andreas Jöst* ➔ 137

Arbeitszeit und Kollektivvertrag *Thomas Stegmüller* ➔ 144

- Editorial 97
ZAS-Tag 2019
Von Anton Spenling

Beiträge

- Arbeitswissenschaftliche/-medizinische Aspekte zur Arbeitszeit 99
 Arbeitszeiten beeinflussen die Gesundheit und das soziale Wohlergehen der Beschäftigten und können erhebliche Unfallrisiken entfalten. Dieser Beitrag bietet eine Übersicht über den arbeitswissenschaftlichen Kenntnisstand und aktuelle Gestaltungsempfehlungen für die Arbeitszeit und Schichtarbeit, um Risiken zu reduzieren und Chancen zu nutzen.

Von Johannes Gärtner und Anna Arlinghaus

- Ausgewähltes Judikatur-Update 2019 105

Wie immer zwingt der zeitlich enge Vortragsrahmen zu einer Auswahl. Geworden sind es letztlich **15 Entscheidungen zu „innerösterreichischen“ Themen und 8 Entscheidungen zu unionsrechtlichen Themen**, die mir unter dogmatischen und praktischen Aspekten für sich allein oder im Zusammenhang mit anderen Entscheidungen besonders wichtig erschienen. Kurze Anmerkungen im Rahmen der Darstellungstabelle sollen wieder das Erkennen der Auswirkungen und Bedeutung der ausgewählten Entscheidungen erleichtern.

Von Franz Schrank

- Ausgewählte Rechtsprobleme rund um Urlaub und Feiertage 126

In jüngerer Zeit haben Judikate des EuGH auch im Urlaubsrecht erheblichen Staub aufgewirbelt. Der erste Teil des Beitrags geht daher der Frage der Auswirkungen dieser Rsp auf das österr Urlaubsrecht nach. Der zweite Teil der Abhandlung ist der, ebenfalls durch ein Judikat des EuGH initiierten, Neuregelung zum „persönlichen Feiertag“ gewidmet – womit sich der Kreis erneut beim Urlaubsrecht schließt.

Von Susanne Auer-Mayer

- Überstunden bei Gleitzeit 137

Auch ein verwaltungsstrafrechtliches Thema?

Das AZG stellt mit über 70 Paragraphen eines der komplexesten Rechtsgebiete im Arbeitsrecht dar. Nimmt man noch die Bestimmungen des ARG dazu, sind es weit über 100 Paragraphen. Schon bei der Auswahl des passenden Arbeitszeitmodells wird es kompliziert und auch verwaltungsstrafrechtlich heikel. Denn die Falschanwendung von Arbeitszeitmodellen (bspw von Gleitzeitmodellen dort, wo sie gar nicht passen, weil eigentlich nach Dienstplan gearbeitet werden muss, der sich dann oft hinter langen Funktionszeiten versteckt) kann ebenso wie die fehlerhafte Abrechnung von Überstunden (weil Arbeitszeiten falsch auf dem Gleitzeitkonto verbucht werden) schnell zur Unterentlohnung und damit zu hohen Verwaltungsstrafen nach § 29 LSD-BG führen. Die richtige Auswahl des Arbeitszeitmodells und die exakte Abgrenzung von Überstunden sind daher ganz grundlegende Anforderungen bei der Arbeitszeitgestaltung.

Von Andreas Jöst

- Arbeitszeit und Kollektivvertrag 144

Grenzen der Regelungsbefugnis und typische Rechtsprobleme in der Praxis

Der Beitrag zeigt auf Grundlage von ausgewählten höchstgerichtlichen Leitentscheidungen und ausführlicher Darstellung des Meinungsstandes in der Literatur die Grenzen der kollektivvertraglichen Regelungsbefugnis im Arbeitszeitrecht auf und thematisiert strittige Rechtsfragen der AZG-Novelle 2018 in Zusammenhang mit sog kollektivvertraglichen Zulassungsnormen. Weiters werden einzelne Rechtsprobleme und höchstgerichtlich bisher unbeantwortete Fragestellungen des kollektivvertraglichen Arbeitszeitrechts problematisiert und erläutert.

Von Thomas Stegmüller

Standards

- Impressum 97

6. Jahrgang / März 2020 / Nr. 2

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

ZWFE

D3-2304

Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzstrafrecht

Rainer Brandl | Severin Glaser | Robert Kert | Roman Leitner
Michael Rohregger | Norbert Schrottmeyer | Mario Schmieder | Norbert Wess

Wirtschaftsstrafrecht

Parteispenden aus korruptionsstrafrechtlicher Sicht
Übernahme von Swapverträgen als Untreue
Zeitliche Dimension der Vortat bei Geldwäscherei

Europastrafrecht

Österreichische Staatsanwaltschaft als Justizbehörde

Finanzstrafrecht

Gewerbsmäßigkeit im Lichte des Günstigkeitsvergleichs
Beteiligung am finanzstrafrechtlichen Sonderdelikt

Der aktuelle Fall

Günstigkeitsvergleich und Strafraumenbildung

Aus Sicht der Finanzstrafbehörde

VwGH zur Abgabenerhöhung – ein Praxiskommentar

Nachlese

Das 5. ZWF-Get-together in Wort und Bild

Praxisinformationen

Rechtsprechungsübersicht, Literaturreisenschau

Inhaltsverzeichnis

Wirtschaftsstrafrecht

Zur Zulässigkeit von Parteispenden aus korruptionsstrafrechtlicher Sicht

Christopher Kahl / Alexander Stücklberger 58

Übernahme von Swapverträgen als Untreue gemäß § 153 StGB

Vanessa McAllister 63

In welchem Zeitraum kann eine Vortat der Geldwäscherei begangen werden?

Severin Glaser 71

Europastrafrecht

EuGH: Österreichische Staatsanwaltschaft als Justizbehörde im Sinne des RB Europäischer Haftbefehl

Severin Glaser / Robert Kert 76

Wirtschaftsstrafrecht

Aus der aktuellen Rechtsprechung

Mario Schmieder / Norbert Wess 77

Literaturreisung

Mario Schmieder / Norbert Wess 79

Finanzstrafrecht

Der Entfall des Qualifikationstatbestands der gewerbsmäßigen Tatbegehung im Lichte des Günstigkeitsvergleichs

Sebastian Starl 79

Der aktuelle Fall

Günstigkeitsvergleich und Strafraumenbildung

Birgit Blöchl 84

Finanzstrafrecht

Beteiligung am finanzstrafrechtlichen Sonderdelikt

Christiane Edelhauser 87

5. ZWF-Get-together

Nachlese: Sachverständigenbestellung in Wirtschafts- und Finanzstrafverfahren

ZWF-Redaktion 98

Aus Sicht der Finanzstrafbehörde

Praxiskommentar zu VwGH 30. 1. 2019, Ra 2019/16/0203 – Abgabenerhöhung nach § 29 Abs 6 FinStrG

Heidemarie Winkler 100

Finanzstrafrecht

Aus der aktuellen Rechtsprechung

Rainer Brandl / Roman Leitner 102

Literaturreisung

Rainer Brandl / Roman Leitner 104

Service

Hinweise 78, 101, 104

Jahresinhaltsverzeichnis 2019 I-IV



IMPRESSUM

Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzstrafrecht

Herausgeber:

StB Dr. Rainer Brandl; Univ.-Prof. Dr. Severin Glaser; Univ.-Prof. Dr. Robert Kert; WP/StB Hon.-Prof. Dr. Roman Leitner; RA Dr. Michael Rohregger; RA Mag. Mario Schmieder; WP/StB Mag. Norbert Schrottmeyer; RA Dr. Norbert Wess.

Medieninhaber und Medienunternehmen:

Linde Verlag Ges.m.b.H., A-1210 Wien, Scheydgasse 24. Telefon: 01/24 630 Serie. Telefax: 01/24 630-23. E-Mail: office@lindeverlag.at. Internet: http://www.lindeverlag.at. DVR 0002356; Rechtsform der Gesellschaft: Ges.m.b.H.; Sitz: Wien. Firmenbuchnummer: 102235x. Firmenbuchgericht: Handelsgericht Wien. ARA-Lizenz-Nr. 3991; ATU 14910701. Gesellschafter: Frau Anna Jentsch (35 %) und Herr Benjamin Jentsch (65 %). Geschäftsführung: Mag. Klaus Kornherr.

Erscheinungsweise und Bezugspreise:

Periodisches Medienwerk: ZWF – Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzstrafrecht. Grundlegende Richtung: Fachinformationen zum Wirtschafts- und Finanzstrafrecht. Erscheint sechsmal jährlich. Jahresabonnement 2020 (6 Hefte) zum Preis von EUR 252,- (inkl. MwSt., exkl. Versandkosten). Einzelheft 2020: EUR 49,50 (inkl. MwSt., exkl. Versandkosten). Abbestellungen sind nur zum Ende eines Jahrgangs möglich und müssen bis spätestens 30. November schriftlich erfolgen. Unterbleibt die Abbestellung, so läuft das Abonnement automatisch ein Jahr und zu den jeweils gültigen Konditionen weiter. Preisänderungen und Irrtum vorbehalten. Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Bewilligung des Verlags gestattet. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Fachzeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Verlages, der Redaktion oder der Autoren ausgeschlossen ist. Urheberrechtshinweis: Für Publikationen in den Fachzeitschriften des Linde Verlags gelten die AGB für Autorinnen und Autoren (abrufbar unter https://www.lindeverlag.at/agb) sowie die Datenschutzerklärung (abrufbar unter https://www.lindeverlag.at/datenschutz).

Anzeigenverkauf und -beratung:

Gabriele Hladik, Tel.: 01/24 630-19 E-Mail: gabriele.hladik@lindeverlag.at Martin Moser, Tel.: 0676/410 36 05 E-Mail: moser@mediaprojekte.at

ISSN: 2409-5265

Hersteller:

Druckerei Hans Jentsch & Co. GmbH, 1210 Wien, Scheydgasse 31 E-Mail: office@jentsch.at Mehrfach umweltzertifiziert (www.jentsch.at) Telefon: 01/278 42 16-0

März 2020 / Heft 2, Seiten 101–188 (7. Jahrgang)

VÖStV-Newsletter (Nr. 48) als Beilage

Zur Erinnerung – an Rainer Nimmervoll

Aufsätze

Das Regierungsprogramm 2020–2024

Alexander Tipold

Neueste Änderungen im Korruptionsstrafrecht durch BGBl I 2019/111

Stefan G. Huber

Die Feststellung des Erklärungswerts von Emojis und Emoticons im Strafurteil

Johannes Oberlauer

Dreiländerforum Strafverteidigung – grenzüberschreitende europäische Überlegungen

Jan Bockemühl

Wirtschafts- und Finanzstrafrecht

Änderungen im Finanzstrafgesetz durch das EU-Finanz-Anpassungsgesetz 2019 – Teil II

Christian Huber

Günstigkeitsvergleich bei der gewerbsmäßigen Abgabenhinterziehung

(§ 38 FinStrG vor 23.7.2019)

Hubertus Seilern-Aspang und Philip Predota

Neue Judikatur

Polizei(amts)arzt, Beamteneigenschaft; Subsidiäre Geltung des DSGVO im Verhältnis zur StPO

OGH 10.12.2019, 11 Os 76/19i (Anmerkung von Ingrid Mitgutsch)

Bedingte Nachsicht der Freiheitsstrafe bei gleichzeitiger Unterbringung

OGH 11.12.2019, 13 Os 81/19i

Fortführungsantrag, Beschleunigungsgebot, früher möglicher Beweisantrag

OGH 10.12.2019, 11 Os 149/19z

Herausgeber: Alois Birklbauer, Bernhard Gröhs, Rainer Nimmervoll (†), Richard Soyler, Fritz Zeder



INHALT

VÖStV-Newsletter (Nr. 48) als Beilage



EDITORIAL

- 101 Geschätzte Leserinnen und Leser!
Alois Birklbauer

ZUR ERINNERUNG

- 105 Dr. Rainer J. Nimmervoll LL.M (9.6.1976–30.1.2020)
Alois Birklbauer

AUFSÄTZE

- 107 Das Regierungsprogramm 2020–2024
Alexander Tipold
- 111 Neueste Änderungen im Korruptionsstrafrecht durch BGBl I 2019/111
Stefan G. Huber
- 117 Die Feststellung des Erklärungswerts von Emojis und Emoticons im Strafurteil
Johannes Oberlauer
- 122 Dreiländerforum Strafverteidigung – grenzüberschreitende europäische Überlegungen
Jan Bockemühl
- 130 Nationalsozialistische Wiederbetätigung: Strafen oder alternative Verfahrenserledigung?
Alois Birklbauer und Josef Landerl

WIRTSCHAFTS- UND FINANZSTRAFRECHT AKTUELL

- 136 Änderungen im Finanzstrafgesetz durch das EU-Finanz-Anpassungsgesetz 2019 – Teil 2
Christian Huber
- 140 Günstigkeitsvergleich bei der gewerbsmäßigen Abgabenhinterziehung (§ 38 FinStrG vor 23.7.2019)
Hubertus Seilern-Aspang und Philip Predota

TAGUNG

- 144 Tagungsbericht American Society of Criminology 75th Annual Meeting
Isabel Haider
- 149 Veranstaltungsbericht „Jugendkriminalität – was tun?“
Kathrin Stiebellhner

JUDIKATUR

ALLGEMEINES STRAFRECHT bearbeitet von Ingrid Mitgutsch (JSt-Slg 16–19)

- 151 Polizei(amts)arzt, Beamteneigenschaft
Subsidiäre Geltung des DSGVO im Verhältnis zur StPO
OGH 10.12.2019, 11 Os 76/19i (Anmerkung von Ingrid Mitgutsch)
- 154 Bedingte Nachsicht der Freiheitsstrafe bei gleichzeitiger Unterbringung
OGH 11.12.2019, 13 Os 81/19i
- 155 Bundespräsidentenwahl, Anklageeinspruch, Begründung der Anklage
OGH 5.11.2019, 11 Os 124/19y (Anmerkung von Alois Birklbauer)
- 158 Fortführungsantrag, Beschleunigungsgebot, früher möglicher Beweisantrag
OGH 10.12.2019, 11 Os 149/19z

STRAFVOLLZUGSRECHT bearbeitet von Teresa Hauser (JSt-Slg 20–24)

- 160 Elektronisch überwachter Hausarrest – geeignete Beschäftigung
OLG Wien 5.11.2019, 132 Bs 340/19y (LGSt Wien 26.8.2019, 193 Bl 63/19w)
- 161 Vergünstigungen – Verlegung in andere Justizanstalt
LGSt Wien 19.12.2019, 193 Bl 80/19w

- 161 Verfall
LGSt Graz 16.12.2019, 25 Bl 113/19a
- 162 Vollzugsplan
LGSt Graz 26.11.2019, 25 Bl 102/19h
- 162 Beschwerdemöglichkeiten im StVG (1); Entlassungsvollzug (2)
LGSt Graz 26.11.2019, 25 Bl 103/19f

BUNDESFINANZGERICHT bearbeitet von Stefanie Jeegers (JSt-Slg 25, 26)

- 164 Nur die Unterlassung der Offenlegung des wirtschaftlichen Eigentümers soll die höchste Strafsanktion nach § 15 WiEReG auslösen
BFG 5.11.2019, RV/7300043/2019 (Revision nicht zulässig)
- 165 Auch bei unmittelbarer Täterschaft mehrerer ist jeder Täter entsprechend seinem eigenen Verschulden zu bestrafen
BFG vom 27.3.2019, RV/53000232017 (Revision nicht zulässig)

OGH-LEITSATZKARTEI bearbeitet von Benedikt Fuchs (JSt-LS OGH 15–50)

- 166 Strafgesetzbuch
- 167 Nebengesetze
- 169 Strafprozessordnung

GENERALPROKURATUR bearbeitet von Alexander Bauer (JSt-GP 2–5)

- 174 Keine Alleinverfügungsbefugnis auch des aus einer letztwilligen Anordnung einzigen Begünstigten, indes zu deren Vorlage Verpflichteten
Rechtssatz der Generalprokuratur 26.11.2019 zu Gw 164/19d
- 174 Keine tätige Reue durch Rückgabe des Falsifikats an den Fälscher
Rechtssatz der Generalprokuratur 11.11.2019 zu Gw 267/19a
- 175 Ein Angriff gegen die Ehre eines Mitglieds eines Gemeinderats während dessen Teilnahme an einer Gemeinderatssitzung wird während der Ausübung des Amtes eines Beamten begangen
Rechtssatz der Generalprokuratur 22.10.2019 zu Gw 270/19t
- 175 Keine zuständigkeitsbegründende Wirkung, wenn eine „zuvorgekommene“, aber unzuständige Staatsanwaltschaft das (verbundene) Ermittlungsverfahren irrig führt
Rechtssatz der Generalprokuratur 22.10.2019 zu Gw 294/19x

TIPPS & INFOS

- 176 Veranstaltungstipps
- 177 Buchbesprechungen
- 182 Neuerscheinungen zum Wirtschaftsstrafrecht
- 187 Herausgeber
- 188 Autoren
- U3 Impressum

Zitierbeispiel für Aufsätze:
Wess, JSt 2014, Seite

Zitierbeispiel für Judikatur:
(Alle Leitsätze werden von
den Autoren selbst gebildet)
JSt-Slg 2014/1, Seite
JSt-LS OGH 2014/1, Seite
JSt-GP 2014/1, Seite
JSt-EuGH 2014/1, Seite
JSt-EGMR 2014/1, Seite

Zitierbeispiel für Newsletter:
JSt-NL VÖStV 2014/1